

Fachtagung in Kiel thematisierte die Situation Geflüchteter mit Blick auf die Fachkräftedebatte

Der Fachkräftemangel wird auch in Schleswig-Holstein immer spürbarer. Als Teil der Lösung wird Zuwanderung diskutiert und die gezielte Anwerbung von ausländischen Fachkräften gefördert und forciert. Geflüchtete, die schon in Deutschland leben, werden in der Debatte häufig nicht mitgedacht.

Im Gegenteil, Geflüchtete stehen zahlreichen insbesondere aufenthaltsrechtlichen Hürden gegenüber.

Über hundert Teilnehmende aus den Kreisverwaltungen, von Jobcentern, Agenturen für Arbeit, von Migrationsdiensten, Bildungsträgern und aus Unternehmen folgten am 20.09.2022 der Einladung nach Kiel zur Fachveranstaltung „*Fachkräftemangel in Schleswig-Holstein – Ressourcen Geflüchteter erkennen und heben*“ der Beratungsnetzwerke „Alle an Bord! – Perspektive Arbeitsmarkt für Geflüchtete“ und „Mehr Land in Sicht! – Arbeit für Flüchtlinge in Schleswig-Holstein“, beide koordiniert vom Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein und dem Paritätischen Wohlfahrtsverband Schleswig-Holstein.



Unternehmen und Minister befürworten aktive Integration von Geflüchteten

Der Minister für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus des Landes Schleswig-Holstein, Claus Ruhe Madsen, dankte in seinem Grußwort den Berater*innen der Netzwerke für ihre wichtige Arbeit und betonte: *„Wir als Land brauchen Fachkräfte. Aber vor allem brauchen die Menschen, die aus ihren Heimatländern fliehen, hier eine Perspektive. Integration in Bildung und Arbeit kann eine solche Perspektive bieten. So können wir helfen und uns dabei selber helfen“*. Er plädierte dafür, damit nicht zu warten, sondern von Anfang an entsprechende Möglichkeiten zu eröffnen.



In ihrer Key-Note stellte die Arbeitsmarktforscherin Dr. Adriana Cardozo Silva vom Deutschen Institut für Wirtschaft (DIW) Ergebnisse der umfangreichen IAB-SOEP-BAMF-Befragung aus dem Zeitraum 2016-2020 vor und zeigte auf, dass die Einmündung Geflüchteter in

Beschäftigung zunehmend gut gelinge. Das Monitoring des BAMF zur Bildungs- und Erwerbsmigration zeige, dass 2021 die Zahl der Menschen aus Asylherkunftsstaaten, die sozialversicherungspflichtig beschäftigt waren, im Vergleich zum Vorjahr um circa 20 Prozent gestiegen sei. Dennoch habe die Corona-Pandemie gezeigt, dass es weiterhin Maßnahmen braucht, um Arbeitsverhältnisse weniger vulnerabel zu machen,



so die Wissenschaftlerin mit Verweis auf aktuelle Studien des Instituts für Arbeit und Berufsforschung (IAB), die belegen, dass Geflüchtete nach wie vor in prekären Arbeitsverhältnissen und in krisenanfälligen Branchen überrepräsentiert tätig sind.

Kai von Lengerke vom bundesweiten „Netzwerk Unternehmen integrieren Flüchtlinge“ stellte anhand zahlreicher Beispiele dar, dass Unternehmen bei der Integration von Geflüchteten zwar vor Herausforderungen stehen, diese aber überwindbar seien. Sie ermutigte Betriebe, die vielfältigen Unterstützungsmöglichkeiten zu nutzen.

Martin Stellmacher, technischer Bereichsleiter der Industrie-Reinigungs-Firma Heinz Puls GmbH, bestätigte dies. Seine Firma hat sich bei der Fachkräfte-Akquise gezielt auch an Geflüchtete gewandt und dabei vorhandene Beratungsstellen und Migrationsfachdienste genutzt. Darüber konnte das Unternehmen unterstützt durch begleitendes Sprachtraining, Mentoring durch Kolleg*innen und fachliche Weiterqualifizierung gute und beständige Mitarbeitende gewinnen, so Stellmacher. Für die Tätigkeit in der Industriereinigung seien die Einhaltung strenger Sicherheitsstandards, Fachkenntnisse und Genauigkeit wichtige Voraussetzungen. Sprachbarrieren konnten mit Unterstützung des im Netzwerk „Alle an Bord!“ angebotenen Sprachtrainings schon in der Einarbeitungsphase gesenkt werden. *„In dem auf den konkreten Bedarf angepassten Kleingruppentrainings konnten die neuen Mitarbeitenden die nötigen Fachbegriffe lernen und sind inzwischen gut eingearbeitet und integraler Bestandteil des Teams“* resümierte Stellmacher.

Arbeitsverbote, fehlende Anerkennung und Ungleichbehandlung

Einen Einblick in die Herausforderungen der Beratungsarbeit gaben einige Kolleg*innen stellvertretend für die Beratenden der unterschiedlichen Träger, die regional in den Netzwerken „Alle an Bord!“ und „Mehr Land in Sicht!“ tätig sind. Efrém Tesfay von der ZBBS e.V. und ein Berater der ersten Stunde im Netzwerk „Alle an Bord!“ betonte, es sei wichtig, ergebnisoffen und orientiert am individuellen Bedarf der Geflüchteten zu beraten, um sie auf ihren eigenen Wegen zu begleiten. Sein Kollege Mohammed Abo Talep, tätig bei UTS e.V. als Berater im Netzwerk „Mehr Land in Sicht!“ konstatierte, dass Berufserfahrungen und Abschlüsse, die Geflüchtete aus ihren Heimatländern mitbringen, häufig formal nicht anerkannt aber auch nicht wertgeschätzt würden.



Oft sei es nötig eine Vorstellung von der hiesigen Arbeitswelt zu vermitteln und falsche Erwartungen aufzufangen, so Pia Godemann, Beraterin im Netzwerk „Alle an Bord!“ bei der Kreisverwaltung Schleswig-Flensburg. Eine besondere Hürde stellen die aufenthaltsrechtlichen Schwierigkeiten dar, wenn z.B. Asylbewerber*innen oder Geflüchtete mit einer Duldung einem Arbeitsverbot unterliegen oder kein Zugang zu vorhandenen Sprachkursen besteht. Instrumente wie die Ausbildungsduldung seien gute Ansätze, eigneten sich aber nicht für alle Ratsuchenden. Zielführend wäre ein Abbau der aufenthaltsrechtlichen Einschränkungen, so dass Raum für die Entwicklung einer passenden beruflichen Perspektive geschaffen werde.

Dies wurde aus den Reihen der Teilnehmenden bestätigt. „Warum schafft man nicht für alle Geflüchteten Zugänge wie derzeit für die Geflüchteten aus der Ukraine?“ schlug eine Teilnehmerin aus einem Unternehmen im Pflegebereich unter Beifall vor.

In der abschließenden Podiumsrunde berichtete Zhanna Baghdasaryan, Fachkraft und ehemalige Teilnehmerin der Beratung des Netzwerks „Mehr Land in Sicht!“, dass sie trotz

eines abgeschlossenen Studiums in ihrem Herkunftsland hier eine Ausbildung zur Friseurin begonnen und erfolgreich abgeschlossen hat. Das war der Preis für eine Aufenthaltsperspektive, aber auch ein Verlust an schon erlangter Qualifikation, Fachexpertise und Lebenszeit. Ähnliche Beispiele gibt es zuhauf.



Fortbestehender politischer Handlungsbedarf

Am Podiumsgespräch waren außerdem beteiligt Vertreter*innen des



Wirtschaftsministeriums, des Landesamts für Zuwanderung und Flüchtlinge, der Regionaldirektion der Bundesagentur für Arbeit, des Netzwerks Unternehmen integrieren Flüchtlinge, ein Vertreter der Firma Wulff Med Tec GmbH aus Dithmarschen und eine langjährig in beiden gastgebenden Netzwerken tätige Beraterin.

Anhand dieser diversen Perspektiven wurde deutlich, dass viele Zahnräder an unterschiedlichen Stellen ineinandergreifen müssen und eine entsprechende gute Abstimmung der Akteure nötig ist, damit Geflüchtete erfolgreich als Fachkräfte in den Arbeitsmarkt münden können. Einigkeit

bestand darin, dass die Potentiale Geflüchteter stärker erkannt und sichtbar gemacht werden sollten. Trotz schon erreichter Veränderungen gebe es weiterhin Bedarf an strukturellen Verbesserungen sowohl im Hinblick auf die Zugänglichkeit und Attraktivität von Arbeitsplätzen in Unternehmen als auch bei den gesetzlichen und administrativen Zugangsbedingungen.

Dirk Gärtner, Direktor des Landesamtes für Zuwanderung und Flüchtlinge, betonte, dass ein Umdenken von der Ausländerbehörde hin zur Zuwanderungsbehörde seitens des Landes unterstützt werde, aber dies in der Praxis noch stärker Niederschlag finden müsse. Sven Hinrichsen von der Regionaldirektion Nord verwies darauf, dass es aus Sicht der Bundesagentur für Arbeit angesichts der Arbeitsmarktlage nicht in erster Linie darum ginge in irgendeine Arbeit zu vermitteln, sondern der Fokus auf Qualifizierung und qualifizierte Arbeit gesetzt werden müsse. Dafür brauche es aber auch die Voraussetzungen.



Die seitens der Bundesregierung angekündigten Öffnungen der Zugänge zu Sprachkursen sind ein wichtiger Schritt bedürfen aber auch entsprechender Kapazitäten an Sprachkursangeboten und qualifizierten Lehrkräften, forderten die Diskutierenden auch mit Blick auf die Landespolitik. Angeregt durch Nachfragen aus dem Publikum wurde auch die Notwendigkeit bestätigt, den schon von der vorigen Landesregierung propagierten „Spurwechsel“ weiter bundesweit einzufordern, der Boden dafür werde durch die Lage der Wirtschaft und am Arbeitsmarkt zunehmend bereitet.

Weitere Informationen zur Arbeitsmarktintegration Geflüchteter in Schleswig-Holstein und zu den Netzwerken: www.alleanbord-sh.de und www.mehrlandinsicht-sh.de